

Position der CDU Fraktion im Stadtrat Zeulenroda

Triebes zur Haushaltsplanung 2023 und des

Großprojektes Sanierung Waikiki

Lage:

Die Haushaltsplanung der Stadt ZRTR sieht wiederum einen jährlichen Bedarf von 1,5 Millionen an die Badewelt Waikiki in Form eines Zuschusses an die Stadtwerke vor. (siehe Vorbericht zum HH Plan 2023 Punkt 4.2.3., Seite 15 und Punkt 4.2.4.1., Seite 19)

Die strukturellen Defizite des Waikiki sind aktuell nicht bekannt, vermutlich aber wesentlich höher als die langjährigen Verluste von über 1 Mio. €.

Unsere Haltung dazu und deren Gründe

Die Fraktion wird dieser Haushaltsplanung allein aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

1. Grund:

Fehlendes Inhaltliches Konzept und Kompetenz der Ausführung

Konsens war immer, dass eine Fortführung des Waikiki nur mit einem Investor Sinn macht, der auf eigenes Risiko mit einem allenfalls geringen Zuschußbetrag das Waikiki betreibt.

- Diese Konzept wurde fahrlässig nicht verfolgt, obwohl konkretes Interesse bis vor einem Jahr vorhanden war (Interspa, Planet Group, MM Meyer))
- Die Stadt hat ohne diesen professionellen Partner nicht die Kompetenz einen Umbau sinnvoll und zielgerichtet anzugehen.

Ohne einen Partner, mit dem Ziel und Zweck einer Attraktivierung abgestimmt ist, wird die Sanierung inhaltlich fehlschlagen.

2. Grund:

Umfang der Sanierung übersteigt die finanziellen Möglichkeiten, Risiken der Kostenüberschreitung und dauerhaftes Betreiberisiko

- Die ursprüngliche Bereitschaft des Stadtrates einer Sanierungsinvestition von max. 10,8 zuzustimmen ist wie erwartet völlig überholt.
- Die jetzige Planung von weit über 18 Mio. € ist an sich untragbar und angesichts des Risikos, jede weitere Überschreitung zu 100 % selbst tragen zu müssen, völlig unfinanzierbar.
- Hinzu kommt die Pflicht gegenüber dem Fördermittelgeber, das Waikiki trotz weiter absehbarer Defizite betreiben zu müssen, wenn eine Rückzahlungspflicht von Fördermitteln vermieden werden soll

Dieses Projekt ist in der aktuellen Form ein Bleigewicht am Schicksal der Stadt. Fördermittel sind kein Selbstzweck. Der Bau wird teurer werden, die Betreibungsdefizite nicht von einem Dritten getragen und die Stadt in dauerhaften Defiziten gefangen sein. Das ist das Ende freier Selbstbestimmung als Stadt.

So werden wir untergehen.

3. Grund:

Wiederholte Missachtung von Grundlagenbeschlüssen des Stadtrates

- Am 22. Januar 2020 gab es einen einstimmigen Beschluß des Stadtrates (BVZTö-003-2020), das Projekt nur mit einem Investor anzugehen, und das Beitreiberrisiko bei 250.000 € zu deckeln.
- Angesichts der Anfang 2022 erkennbaren Untätigkeit des Bürgermeisters, die vorhandenen Kontakte zu verfolgen, wurde ergänzend beschlossen, das Projekt nur weiter zu planen, wenn eine europaweite Ausschreibung erfolgreich ist (Beschluß vom 26.01.2022, BVZTö-027-2022, nachzulesen in der Niederschrift vom 26.01.2022 unter Punkt zu 6.).

Diese Ausschreibung wurde seitens der Stadt vollständig unterlassen.

Die kontinuierliche Ignorierung der entsprechenden Beschlüsse unterhöhlt das Vertrauen der Bürger in die Demokratie und die verantwortliche Verwendung ihres Geldes.

Appell

Es ist nachvollziehbar, dass die Bürger angesichts der Kürzungen in anderen wichtigeren Bereichen aufgebracht sind.

Zukunft geht nur mit Einsicht !

Wir wollen eine gemeinsame Anstrengung zur Gestaltung unserer Stadt, die mit einer offenen und ehrlichen Diskussion beginnt.

Vereine, Innenstadt und Kultur wie zB unsere Musikschule müssen endlich Vorrang haben vor reinen Prestigeprojekten, die nicht finanzierbar sind. Es darf nicht sein, dass die Zukunft von ZR auf Jahre hinaus fremdbestimmt wird, weil uns selbst die Einsicht in das Machbare fehlt.

Daher unser dringender Appell:

Keine Sanierungsprojekt Waikiki in der derzeitigen Form !

Die CDU Fraktion ist und war nie gegen eine Sanierung des Waikiki, zu unserem Vorschlag, das Sportbad und die Sauna umfassend zu ertüchtigen und das Spaßbad anderweitig ganzjährig touristisch zu nutzen, stehen wir nach wie vor.

Dazu benötigen wir eine ergebnisoffene Diskussion zur Sanierung der Stadtfinanzen und Verwendung freiwerdender Mittel für Vereine, Innenstadtbelebung und Kultur.